



Wohnungsmangel in Würzburg

Positionspapier des Sozialpolitischen Forums

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Artikel 25: *„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“*

Die sozialen Einrichtungen und Dienste des sozialpolitischen Forums nehmen seit längerem in ihrer tagtäglichen Arbeit wahr, dass immer mehr Menschen Schwierigkeiten haben, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Diese Wahrnehmung wird nun auch wissenschaftlich durch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zum *„Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten“* bestätigt.

Aktuell sind in Deutschland 43 Prozent aller Wohnangebote für diesen Personenkreis geeignet. Im Vergleich der 100 untersuchten Städte findet sich Würzburg am untersten Ende des Rankings wieder, da nur 26 Prozent dieser Angebote für Familien finanzierbar sind. Berücksichtigt man ausschließlich die Mietwohnungen, so verringert sich der Anteil der finanzierbaren Wohnungen noch einmal auf 15 Prozent.

Der Mietpreis ist in den Jahren 2008 bis 2012 um 9,2 Prozent gestiegen. Er liegt im Durchschnitt bei 7,75 Euro pro Quadratmeter.

18,3 Prozent der Wohnbevölkerung in Würzburg besteht aus Student/innen. Von 9 Student/innen erhält nur einer/eine die Chance auf einen Wohnheimplatz. Alle anderen drängen auf den freien Wohnungsmarkt.

Sie stehen in Konkurrenz zu den Menschen, die über die Dienste und Einrichtungen des sozialpolitischen Forums betreut werden, da hier besonders bezahlbare Wohneinheiten nachgefragt werden.

Diese wiederum stehen häufig im Bezug von Sozialleistungen, was ihnen besonders niedrige Obergrenzen bei der zahlbaren Miete aufzwingt. Sozialleistungsbezieher/innen, Alleinerziehende und Personen mit einem Schufa-Eintrag haben die geringsten Chancen angemessenen und günstigen Wohnraum zu finden.

Hinzu kommt, dass es bereits heute in Würzburg an altersgerechten und barrierefreien Wohnungen mangelt. Eine zunehmende Nachfrage älterer Menschen ist aufgrund des demographischen Wandels absehbar.

Die Würzburger Bevölkerung wird bis ins Jahr 2030 beständig wachsen. Die Kosten der Energiewende bzw. der Klimaschutzpolitik werden das Mietniveau zudem steigen lassen.

All dies zeigt, es ist Zeit zu handeln.

Die Einrichtungen und Dienste des sozialpolitischen Forums setzten sich nachhaltig für eine teilhabeorientierte, inklusive und bunte Stadtgesellschaft ein, in der alle Menschen einen Zugang zum Wohnungsmarkt haben.

Forderungen:

Die Mitglieder des Sozialpolitischen Forums fordern von den bayerischen politischen Mandatsträger/innen: Setzen Sie sich ein

- für einen stärkeren öffentlichen, privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbau,
- für einen wirksameren Schutz der Mieter vor überhöhten, schnell steigenden Mieten,
- für einen Masterplan zu den wohnungswirtschaftlichen Auswirkungen des demographischen Wandels,
- für eine deutliche Aufstockung des Wohngeldes für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen,
- und für eine konsequente und regelmäßige Anpassung der Mietobergrenzen innerhalb des Arbeitslosengeldes II und der Grundsicherung an der tatsächlichen Mietpreisentwicklung.

Mitglieder des Sozialpolitischen Forums. AG Wohnungsmangel – 31.7.2013

Mehr Info: www.agfw-wuerzburg.de.

Kontakt: info@agfw-wuerzburg.de